

DIE GESCHICHTE DER MIT UNSER KOMPASS: SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT



MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU

VORWORT DES MIT-BUNDESVORSITZENDEN



Liebe Mittelständler, Freunde und Mitstreiter,

nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft gestalten. Das ist für uns Grund genug, Ihnen mit dieser Publikation die Historie der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU in die Hände zu geben. Die MIT schaut auf eine bewegte Geschichte von sechs Jahrzehnten zurück.

Mit jedem Regierungswechsel seit Gründung der MIT am 27. April 1956 haben sich stets die politischen Aufgaben und Herausforderungen geändert. Blickt man allein auf die vergangenen 20 Jahre zurück, gewinnt man zudem den Eindruck, dass nicht nur die Zahl grundlegender Herausforderungen zunimmt, sondern auch das Tempo. Die MIT darf selbstbewusst für sich in Anspruch nehmen, dass sie ihrem programmatischen Fundament stets treu geblieben ist: den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard.

Mit diesem Konzept verbindet die MIT konkrete Erwartungen an die politische Gestaltung dieses Landes. Wohlstand für alle, wie er durch Ludwig Erhard mit der Sozialen Marktwirtschaft geschaffen wurde, muss auch heute Leitmaxime für die Politik in Deutschland sein. Die Soziale Marktwirtschaft ist dabei eine anspruchsvolle politische Gesamtkonzeption, weil sie auf freiheitlichen Grundsätzen beruht, das Subsidiaritätsprinzip voraussetzt, Eigenverantwortung stärkt und Solidarität achtet. Sie weist dem Staat klare Aufgaben zu und sichert dem Individuum und Unternehmen freiheitliche Betätigung sowie freien Leistungswettbewerb.

Unsere Aufgabe wird es auch in Zukunft sein, diese Grundprinzipien im Bewusstsein von Politik und Gesellschaft zu behalten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Dr. Carsten Linnemann MdB

MIT-Bundesvorsitzender

DIE IDEE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT ALS BINDEGLIED FÜR MITTELSTAND UND WIRTSCHAFT

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist seit ihrem Bestehen den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet. Wir sehen als unabdingbare Voraussetzung für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung folgende Prinzipien an, welche in der MIT-Satzung fest verankert sind:

- die Subsidiarität staatlichen Handelns,
- die Förderung der Kreativität und der Eigenverantwortung der Bürger durch Staat und Gesellschaft,
- den Verzicht auf weitgehende staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben und
- die Sicherung des Leistungswettbewerbs.

Das Bekenntnis zu diesen Prinzipien ist verbindliche Leitmaxime für alle unternehmerisch engagierten Persönlichkeiten in der MIT und auch in der Union. Dazu gehören insbesondere Unternehmer, Handwerker, Händler, Gewerbetreibende, Landwirte, Angehörige der freien Berufe, leitende Angestellte sowie Verantwortungsträger in Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Auf diesem Fundament beruht die Gründungsgeschichte der MIT.

ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DER MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU/CSU

Die „Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU“ (MIT) als parteipolitische Vereinigung der Union und der „Parlamentarischer Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“ (PKM) verstehen sich seit jeher als parteipolitisches bzw. parlamentarisches Pendant zueinander. So ist auch die Entstehungsgeschichte der MIT eng mit der Entstehungsgeschichte des PKM verbunden.

BEGINN DER MITTELSTANDSARBEIT IN DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION

Bereits in der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages (1949–1953) hatte Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer seiner Fraktion den Auftrag erteilt, sich intensiv und gezielt um die Bewältigung der mittelstandspolitischen Fragen zu kümmern. Federführend nahmen sich dieser Aufgabe die Bundestagsabgeordneten Kurt Schmücker und Richard Stücklen an. Schmücker wurde später Nachfolger Ludwig Erhards im Amt des Bundeswirtschaftsministers, Stücklen wurde Bundespostminister und Bundestagspräsident.

Zusammen mit anderen Parlamentariern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus dem Mittelstandsbereich trafen sie sich zur Formulierung ihrer politischen Ziele in zunächst zwangloser Form in einem sogenannten „Diskussionskreis Mittelstand“. Schon in der ersten, verstärkt aber dann in der zweiten Legislaturperiode (1953 – 1957) bemühte sich dieser „Diskussionskreis Mittelstand“ um intensive Kontakte

MIT: ENTSTEHUNGSGESCHICHTE



zum Handwerk und zum Handel, aber auch zum Deutschen Beamtenbund.

Am Ende der ersten Legislaturperiode hatte sich der „Diskussionskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“ bereits zu einer respektierten Institution der Bundestagsfraktion entwickelt und wurde innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als „Soziologische Gruppe“ anerkannt. Kurt Schmücker MdB wurde noch in der ersten Legislatur-

periode formal in das Amt des Vorsitzenden des „Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“ gewählt, das er bis zum 26. November 1957 ausübte.

BEGINN DER MITTELSTANDSARBEIT IN DER PARTEI

Parallel zu dieser Entwicklung in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion entstanden in den beiden Schwesterparteien CDU und CSU ebenfalls mittelstandspolitische Gremien. So wurden der „Mittelstandsausschuss der CSU“ und der „Unterausschuss für Mittelstandsfragen der CDU“ gegründet. Unter Leitung des mittelstandspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Kurt Schmücker MdB schlossen sich der „Diskussionskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“, der „Mittelstandsausschuss der CSU“ und der „Unterausschuss für Mittelstandsfragen der CDU“ zu Beginn der zweiten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, im Jahre 1954, zu einem

„Gemeinschaftsausschuss“ zusammen, der eine gemeinsame Geschäftsstelle in der Görrestraße 40 in Bonn errichtete.

Zur Information der Mitglieder dieses „Gemeinschaftsausschusses“, aber auch zur Information der interessierten Öffentlichkeit wurde 1954 ein gedruckter Rundbrief ins Leben gerufen unter dem Titel „NKM – Nachrichten und Kommentare aus der Mittelstandspolitik“. Diese Rundbriefe erschienen im Zeitschriftenformat und wurden durch Mitgliedsbeiträge und Anzeigen finanziert. Damals betrug der vierteljährliche Mindestbeitrag einschließlich des Bezugs der Zeitung 3 DM.

Parallel dazu entstanden auch in vereinzelt CDU-Landesverbänden mittelstandspolitische Gremien. Im Rheinland wurde 1951 der erste selbständige Mittelstandsausschuss der CDU gegründet und der Kölner Kaufmann



MIT: ENTSTEHUNGSGESCHICHTE

Heinz Schmitz zu seinem ersten Vorsitzenden gewählt. In Westfalen-Lippe wurde am 14. März 1951 ein Handwerksbeirat konstituiert, aus dem sich am 13. Juli 1956 der „Mittelstandsausschuss der CDU Westfalen-Lippe“ gründete.

OFFIZIELLER STARTSCHUSS AUF DEM CDU-BUNDESPARTEITAG 1956

Nachdem man erste positive Erfahrungen mit der Formierung des „Diskussionskreises des Mittelstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“ gemacht hatte, sollte auf dem CDU-Bundesparteitag vom 26. bis 29. April 1956 in Stuttgart der offizielle Startschuss fallen.

Am ersten Tag des CDU-Bundesparteitages 1956 in Stuttgart trafen sich mittelständische Delegierte aus verschiedenen CDU-Landesverbänden, um in einer Vorbesprechung die Fragen der beabsichtigten Gründung eines selbständigen „Bundesarbeitskreises Mittelstand der CDU/CSU“ zu klären. In einer weiteren Sitzung, am 27. April 1956, beschlossen die Delegierten, den „Bundesarbeitskreis Mittelstand der CDU/CSU“ zu konstituieren. Alle Redner sprachen sich für die Gründung einer selbständigen Vereinigung im Sinne des § 12 der vorgesehenen CDU-Satzung aus. Dr. Göke Frerichs stellte formal den Antrag, die Entschlüsse anzunehmen und die Gründung zu vollziehen. Es wurde sodann ein vorläufiger Vorstand bestimmt, bestehend aus den Bundestagsabgeordneten Kurt Schmücker sowie dem Kaufmann Heinz Schmitz und Dr. Göke Frerichs. Somit war der „Bundesarbeitskreis Mittelstand der CDU“ - der offizielle Vorgänger der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU - gegründet.

In der Plenarsitzung des CDU-Bundesparteitages am 28. April 1956 stimmten die Bundesparteitagsdelegierten einer entsprechenden Änderung der Parteisatzung zu. Der „Bundesarbeitskreis Mittelstand der CDU“ wurde hierdurch zu einer selbständigen Vereinigung der Christlich Demokratischen Union, in der auch Nichtmitglieder der CDU mitarbeiten konnten.

DIE ERSTEN SCHRITTE

Auf der Delegiertenversammlung des „Bundesarbeitskreises Mittelstand der CDU/CSU“ am 1. Oktober 1956 in Köln wurde eine ordnungsgemäße Satzung verabschiedet und durch die Delegierten ein neuer Vorstand gewählt. Ein erstes umfassendes Mittelstandsgesetzgebungsprogramm, das Richtschnur für die Arbeit der dritten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages werden sollte, wurde auf dem CDU-Bundesparteitag vom 11. bis 15. Mai 1957 in Hamburg eingebracht und am 13. Mai 1957 durch die CDU-Bundesparteitagsdelegierten verabschiedet.

Zu Beginn der dritten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages (1957–1961) vollzog sich dann erstmals die personelle Trennung im Vorsitz von „Bundesarbeitskreis Mittelstand der CDU/CSU“ und „Diskussionskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“, nachdem am 27. November 1957 der bisherige Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt Schmücker MdB sein Amt niedergelegt hatte. Beide Gremien hatten aber mit dem Diplom-Volkswirt Hans-Georg Klaus damals noch einen gemeinsamen Geschäftsführer. Die Organe verfügten zudem über ein gemeinsames Informationsorgan, die „Nachrichten und Kommentare aus der Mittelstandspolitik – NKM“.



DIE ENTWICKLUNG DER VEREINIGUNG

Nach dem offiziellen Startschuss auf dem CDU-Bundesparteitag 1956 nahm der „Bundesarbeitskreis Mittelstand der CDU/CSU“ satzungsgemäß seine Arbeit auf. Es folgten nach Köln Delegiertenversammlungen 1958 in Düsseldorf, 1960 in Bonn, 1961 in Köln und 1962 in Würzburg. Auf der Delegiertenversammlung in Würzburg beschlossen die Delegierten eine Satzungsänderung, durch die der „Bundesarbeitskreis Mittelstand der CDU/CSU“ umbenannt wurde in „Mittelstandskreis der CDU/CSU“. Schon zu Beginn ihrer Arbeit war die Vereinigung einflussreich. Dies kann auch daran gemessen werden, dass ihr Vorsitzender Kurt Schmücker 1963 mit nur 43 Jahren zum Bundesminister für Wirtschaft als Nachfolger von Ludwig Erhard bestellt wurde. Trotz des neuen Amtes führte er mit großem Engagement die Vereinigung weiter.

Nach den Delegiertenversammlungen 1963 in Düsseldorf, 1964 in Bremen, 1966 in Weilburg, 1967 in Koblenz und 1968 in Bonn folgte der Bundeskongress 1969 in Dortmund. Hier wurde eine stark modernisierte Satzung verabschiedet und die Bezeichnung „Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU“ verankert. Am 1. April 1969 schließlich wurde in der Heussallee 40 in Bonn eine eigene Bundesgeschäftsstelle für die MIT eingerichtet.

Kurt Schmücker übergab am 28. September 1970 das Amt des Vorsitzenden der „Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU“ an den Einzelhandelskaufmann Egon Lampersbach MdB. In sieben Jahren der Opposition bis 1977 leitete Lampersbach die Organisation erfolgreich und baute sie aus.

Mit der Wahl des Universitätsprofessors Dr. Gerhard Zeitel am 5. Februar 1977 zum neuen Bundesvorsitzenden zeichnete sich ein Kurswechsel für die „Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU“ ab. In diesen Jahren konzentrierte sich die Union zunehmend auf ihre Entwicklung zu einer mitgliederstarken Volkspartei. Die MIT orientierte sich an dieser Entwicklung und legte ihren Fokus auf die Stärkung der Basis vor Ort sowie auf die Integration unternehmerisch-praktischen Sachverständs in die politische Willensbildung auf Landes- und Bundesebene.

AKTIV NUN IN GANZ DEUTSCHLAND

Nach Dr. Gerhard Zeitel übernahm der Berliner Wirtschaftssenator Elmar Pieroth ab 1987 den Vorsitz der „Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU“. Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung konnte er miterleben und mitgestalten, wie eine

MIT: ENTSTEHUNGSGESCHICHTE

große Vision Wirklichkeit wurde. So wurden während seiner Amtszeit ostdeutsche Mittelstandsvereinigungen etwa in Magdeburg und Dresden, in Zwickau und Chemnitz gegründet. Als Berliner Wirtschaftssenator konnte er diesen Prozess der Vereinigung des Mittelstandes in beiden deutschen Teilen zu einer gesamtdeutschen Mittelstandsvereinigung maßgeblich in Gang bringen und weitgehend vollenden.

ZEITGLEICHE ENTWICKLUNG DER WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU

Parallel zur Entwicklung der „Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU“ entstand auch die „Wirtschaftsvereinigung der CDU“ in einigen Regionen Deutschlands, vor allem im Rheinland. Als sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes die CDU formiert hatte, ergriffen in verschiedenen Orten Unternehmer die Initiative und gründeten lokale Wirtschaftsausschüsse. So 1946 in Köln für den Regierungsbezirk der Fabrikant Leonhard Hopmann, dem als früheres Mitglied des Handels- und Industriebeirates der Zentrumspartei diese Organisation als Muster vorschwebte. Anders als beim Industrie- und Handelsbeirat spielte die Größe des Unternehmens keine Rolle, so dass außer Leitern großer Unternehmen auch kleine Gewerbetreibende und Handwerksmeister Mitglieder waren. In ähnlicher Weise wie in Köln konstituierten sich in Düsseldorf Kreise um den späteren Innenminister Lehr, in Duisburg um den späteren Bundesfinanzminister Etzel und in Essen um den Oberbürgermeister Dr. Toussaint.

Vertreter dieser örtlichen Wirtschaftsausschüsse gründeten am 25. Oktober

1949 den Wirtschaftsausschuss der CDU des Rheinlandes. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Lehr gewählt (als Dr. Lehr Bundesinnenminister wurde, gab er den Vorsitz an den Generaldirektor Dr. Roelen, Geschäftsführer der Thyssenschen Gas- und Wasserwerke ab). Bereits in der Gründungsversammlung wurden auch einige Fachausschüsse eingesetzt, entsprechend den Ausschüssen des Bundestages. So wurden Ausschüsse für Wirtschaftspolitik, für Finanzen und Steuern, für Sozialpolitik, für Wiederaufbau und Wohnungswesen sowie für Verkehrsfragen gebildet. In diesen Fachausschüssen vollzog sich die fachliche Arbeit.



Der Wirtschaftsausschuss gab sich 1954 eine eigene Satzung. Nur Mitglieder der CDU konnten Mitglied des Wirtschaftsausschusses werden. Im Übrigen entsprachen schon damals Aufbau und Arbeitsweise der einer Vereinigung im Sinne der Parteisatzung und seit dem 9. Dezember 1961 war der Wirtschaftsausschuss auch als Vereinigung in der Landessatzung anerkannt.

MIT: ENTSTEHUNGSGESCHICHTE

Die Wirtschaftsvereinigung befasste sich vor allem mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Sie plädierte für das Kartellverbotsprinzip nach Ludwig Erhard. Zudem unterbreitete die Wirtschaftsvereinigung den Vorschlag, Rechtsgrundlagen für die Schaffung von Wettbewerbsregeln zum Schutz des lautereren Wettbewerbs in das Gesetz aufzunehmen. Der Bundestag folgte dieser Anregung.

Ein weiterer Fokus der Vereinigung war die Steuergesetzgebung. Die Bundesrepublik fand eine von den Alliierten geschaffene Einkommensteuer mit Spitzensteuersätzen von 80 Prozent bis 90 Prozent vor. Ein drastischer Abbau dieser Steuern gehörte daher zu den ersten Forderungen der Vereinigung. Motor dieser inhaltlichen Ausrichtung war vor allem der Steuerausschuss unter seinem damaligen Vorsitzenden Dr. Stewens.

In zunehmendem Maße befasste sich die Vereinigung in dieser Phase unter dem damaligen Vorsitzenden der Wirtschaftsvereinigung, Dr. Konrad Adenauer jun., auch mit der Landespolitik, z. B. mit Fragen der Raumordnung und der



Wasserwirtschaft. In der Zwischenzeit wurde auch ein Junioren-Arbeitskreis gegründet, der sich fast monatlich traf und u.a. die enge Zusammenarbeit mit der Jungen Union zum Ziel hatte.

Die Vertretung der spezifisch mittelständischen Belange durch die Wirtschaftsvereinigung erwies sich schon bald als nicht ausreichend. Es bestanden zunächst ein Handwerkerbeirat und ein Handelsausschuss, und schon Anfang 1952 wurden diese beiden Ausschüsse zu einem „Mittelstandsausschuss“ zusammengefasst. In den Jahren 1952/53 wurden überdies in zahlreichen Kreisverbänden Mittelstandsausschüsse gegründet. Andere Landesverbände der CDU schritten zu gleichen Maßnahmen. Nach Gründung eines Mittelstandsausschusses im Bundestag nahmen die Mittelstandsausschüsse so sehr an Bedeutung zu, dass sie organisatorisch aus der Wirtschaftsvereinigung ausschieden und seitdem ebenfalls als Vereinigung der CDU größte Aktivität entfalteten. Man nimmt heute an, dass diese Maßnahmen wesentlich dazu beigetragen, die Entstehung eines Mittelstandsblocks als neue Wirtschaftspartei zu verhindern, der anfänglich im Wahlkampf 1953 Bundestagskandidaten aufstellen wollte.

FUSION ZUR MITTELSTANDS- UND WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG DER CDU/CSU

1993 übernahm Klaus Bregger den Vorsitz. In seiner Amtszeit gab sich die MIT nach langjährigen intensiven und zum Teil auch kontroversen Beratungen anlässlich ihrer 39. Bundesdelegiertenversammlung 1995 in Hannover eine neue Satzung. Diese Satzung war mehr als nur eine Fortschreibung oder juristische Weiterentwicklung zurückliegender Satzungen. Denn die 39. Bundesdelegierten-

MIT: ENTSTEHUNGSGESCHICHTE

versammlung entschied gleichzeitig mit der Beschlussfassung über die Satzung auch über die Fusion der Mittelstandsvereinigung mit der Wirtschaftsvereinigung zur gemeinsamen Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Somit fanden rund vier Jahrzehnte nach ihrer Gründung die Mittelstandsvereinigung und die Wirtschaftsvereinigung zu einer gemeinsamen Vereinigung zusammen. Seitens der Wirtschaftsvereinigung wurde dieser Prozess maßgeblich von Dr. Jürgen Schwericke MdL, Diether Klingenberg und Peter Jungen gestaltet und unterstützt.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist seither nach § 38 und § 39 des CDU-Statuts eine der anerkannten Vereinigungen in der Union. Sie repräsentiert die gesamte Wirtschaft, welche in Deutschland im Kern mittelständisch strukturiert ist. Eine überzeugende Idee ist durch diesen historischen Beschluss Wirklichkeit geworden, nämlich die einheitliche Formulierung mittelstands- und wirtschaftspolitischer Ziele. Die Mittelstandspolitik erfuhr in der großen Volkspartei CDU/CSU damit einen neuen Stellenwert und eine noch festere Verankerung.

Mit Dr. h.c. Hansjürgen Doss MdB übernahm 1996 ein selbständiger Architekt und damit erstmals ein Freiberufler die Führungsverantwortung in der Vereinigung. Bereits seit 1977 prägte Doss als stellvertretender Bundesvorsitzender die Arbeit der Mittelstandsvereinigung. In der 12., 13. und 14. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages hatte er zudem bis 2002 als Vorsitzender des einflussreichen Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erfolgreich gewirkt.



KÖLNER LEITSÄTZE UND 50-JAHR-FEIER

Auf dem MIT-Bundeskongress im Februar 1997 in Bonn wurde der rheinland-pfälzische Bauunternehmer Peter Rauen MdB mit großer Mehrheit von den Delegierten zum Bundesvorsitzenden gewählt. Rauen zeichnete sich verantwortlich für die „Kölner Leitsätze“ - ein Forderungskatalog mit MIT-Positionen zu allen entscheidenden Politikfeldern, mit dem die MIT einen umfassenden Gestaltungsanspruch geltend machte.

Fast parallel zu den Bundestagswahlen fand die nächste Stabübergabe an der MIT-Spitze im September 2005 statt. Die Delegierten des Dresdner MIT-Kongresses wählten den Unternehmer Dr. Josef Schlarmann zum Vorsitzenden. Der bekennende Marktwirtschaftler entwickelte gemeinsam mit dem MIT-Bundesvorstand das neue Leitbild und Profil der MIT. Unter seiner Führung gelang es der MIT, ihre Forderung nach einer Renaissance der Sozialen

MIT: ENTSTEHUNGSGESCHICHTE



Marktwirtschaft in die öffentliche Diskussion zu tragen und maßgeblich auch die innerparteiliche Debatte über das Profil und den ordnungspolitischen Kurs der Union zu bestimmen. Unter dem Vorsitz von Schlarmann feierte die MIT auf dem Petersberg bei Bonn im Frühjahr 2006 ihr 50-jähriges Bestehen. 2009 wurde Schlarmann erneut zum Vorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung gewählt.

Im Jahre 2013 erfolgte ein Generationswechsel. Der damals 73-jährige Schlarmann übergab das Amt des MIT-Bundesvorsitzenden an den 36-jährigen Bundestags-

abgeordneten Dr. Carsten Linnemann, der sich in einer Wahl gegen den früheren Grünen-Politiker Oswald Metzger durchsetzte. Erklärtes Ziel Linnemanns ist ein realpolitischer Gestaltungsansatz. Die Hauptaufgaben der MIT liegen darin, die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft zu bewahren und gleichzeitig mit realpolitischen Vorstößen aktiv Politik zu gestalten. Erste Erfolge dieses Kurswechsels zeigten sich u.a. in der Umsetzung der MIT-Forderungen nach einer Flexi-Rente und der Abmilderung der Kalten Progression.

DIE ENTWICKLUNG DES PKM

Während sich die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU zur heute mitgliederstärksten wirtschaftspolitischen Parteiorganisation in Europa entwickelte, stand auch die Zeit für den, in der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages gegründeten, „Diskussionskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“ nicht still.

Nachdem Kurt Schmücker MdB den „Diskussionskreis Mittelstand“ bis zum Ende der zweiten Legislaturperiode geleitet hatte, übernahm Alfred Burgmeister MdB zu Beginn der dritten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, am 26. November 1957, die Führung und leitete ihn bis zum 30. September 1964. Ihm folgte vom 1. Oktober 1964 bis zum 5. November 1975 der Bundestagsabgeordnete Heinrich Gewandt. Anschließend wurde die parlamentarische Arbeit des „Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“ von 1974 bis 1990 durch Hansheinz Hauser MdB als Vorsitzenden geprägt. Als selbständiger Handwerksmeister konnte er den



praxisorientierten Sachverstand eines Unternehmers in die Bundespolitik einbringen. So warb er in seiner Funktion als DKM-Vorsitzender ebenso wie als stellvertretender CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender für eine mittelstandsfreundliche Politik.



Von 1990 bis 2002 wurde der DKM von Hans-Jürgen Doss geleitet. Er konnte aufgrund seiner Berufserfahrung als selbständiger Architekt insbesondere die Interessen des Mittelstandes und der freien Berufe innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion glaubwürdig vertreten. In seiner Amtszeit erfolgte 1991 die Umbenennung des „Diskussionskreis Mittelstand“ in den heutigen „Parlamentarischer Kreis Mittelstand“ (PKM).



2002 übernahm Hartmut Schauerte MdB den PKM-Vorsitz. Nachdem Schauerte mit Beginn der 16. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages im Jahre 2005 zum parlamentarischen Staatssekretär und Mittelstandsbeauftragten der Bundesregierung benannt wurde, trat Dr. Michael Fuchs MdB die Nachfolge als PKM-Vorsitzender an. Am 25. November 2009

wurde er zu Beginn der 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages in seinem Amt bestätigt.

Auf Fuchs folgte im November 2011 Christian Freiherr von Stetten MdB. Der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Bundestagsfraktion tritt für die Belange kleinerer, mittlerer und familiengeführter Unternehmen ein. Unter von Stetten wirken in der 18. Legislaturperiode 180 Abgeordnete der 310-köpfigen CDU/CSU-Bundestagsfraktion im PKM mit.



ZEITAFEL

VORSITZENDE

Dr. h.c. Kurt Schmücker, MdB	27.04.1956 – 27.09.1970
Egon Lampersbach, MdB	28.09.1970 – 04.02.1977
Prof. Dr. Gerhard Zeitel	05.02.1977 – 11.06.1987
Elmar Pieroth	12.06.1987 – 22.04.1993
Klaus Bregger	23.04.1993 – 28.03.1996
Dr. h.c. Hansjürgen Doss, MdB	29.03.1996 – 20.02.1997
Peter Rauen, MdB	21.02.1997 – 23.09.2005
Dr. Josef Schlarmann	23.09.2005 – 11.10.2013
Dr. Carsten Linnemann MdB	seit 11.10.2013

BUNDES- BZW. HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER

Hansgeorg Klauss	27.04.1956 – 23.06.1958
Klaus Oertel	23.06.1958 – 03.12.1963
Clemens Riedel, MdB	03.12.1963 – 27.09.1968
Egbert Hamburger	28.09.1968 – 31.03.1969
Dr. Christoph Uleer	01.04.1969 – 31.12.1970
Heinz-Ulrich Stürmann	01.01.1971 – 30.09.1972
Günther Vowinckel	01.01.1973 – 31.05.1973
Carsten Cornelsen	01.06.1973 – 30.06.1975
Dr. Peter Spary	03.07.1975 – 30.09.1990
Peter Helmes	01.01.1991 – 31.03.1996
Hans-Dieter Lehnen	01.04.1996 – 30.04.2014
Thorsten Alsleben	seit 01.06.2014

MIT-DELEGIERTENVERSAMMLUNGEN (DV)

Nr.	Datum	Ort	Thema
1	27.04.1956	Stuttgart	Konstituierung des Bundesarbeitskreises Mittelstand der CDU/CSU
2	28.04.1956	Stuttgart	Änderung der Parteisatzung und Vorstandswahlen
3	01.10.1956	Köln	Ordentliche Delegiertenversammlung (DV)
4	13.05.1957	Hamburg	Mitgliederversammlung des BAM im Rahmen des CDU-Parteitages
5	23.06.1958	Düsseldorf	DV mit Vorstandswahlen und Neubildung der Fachausschüsse
6	1960	Bonn	DV als erste eigenständige Veranstaltung
7	31.07.1961	Köln	DV mit Beschluss über „Mittelstandspolitische Leitsätze“
8	10./11.09.1962	Würzburg	DV mit Satzungsänderung – neuer Name: „Mittelstandskreis der CDU/CSU“
9	03.12.1963	Düsseldorf	DV
10	01./02.10.1964	Bremen	1. Bundesweiter Mittelstandstag
11	10./11.07.1965	Wiesbaden	DV „Mit mehr Selbstvertrauen in die Zukunft“
12	21./22.10.1966	Weilburg/Lahn	DV „Grundsätze der Wirtschafts- und Finanzpolitik“
13	17.04.1967	Koblenz	DV „Keine Ordnung ohne Mitte“
14	27.09.1968	Bonn	DV „Mittelstandspolitische Forderungen“
15	27./28.05.1969	Dortmund	DV mit Umbenennung in „Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU“
16	1970	Ansbach	DV „Mittelstandspolitik aus der Opposition“

17	12./13.09.1971	Bremen	DV „Grundsätzliche Entwicklungstendenzen des Mittelstandes“
18	19./20.03.1972	Mannheim	DV „Mit Blick nach vorn“
19	17.07.1973	Hannover	DV „Leitsätze zur Vermögensbildung“
20	08.06.1974	Berlin	DV „Die neuen Chancen des Mittelstandes“
21	20./21.09.1974	Erlangen	DV „Neuorientierung des Mittelstandes“
22	23.11.1975	Bonn	DV „Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft“
23	04./05.02.1977	Eltville	DV „Manifest zur europäischen Politik für den Mittelstand“
24	02./03.05.1978	Göttingen	DV „Mehr Selbständigkeit - weniger Bürokratie“
25	03./04.02.1979	Berlin	DV „Mittelstand – Garant der Freiheit“
26	11./12.04.1980	Saarbrücken	DV „25 Jahre MIT – Mittelstand, Garant der Freiheit“
27	22./23.05.1981	Mainz	DV „Selbständigkeit – Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft“
28	16./17.04.1982	Osnabrück	DV „Mittelstand schafft Arbeitsplätze“
29	29./30.04.1983	Stgt. Fellbach	DV „Mittelstand hat wieder Zukunft“
30	04./05.05.1984	Aachen	DV „Mittelstand in der technologischen Herausforderung“
31	26./27.04.1985	Hamburg	DV „Neue Medien – Chance und Herausforderung für den Mittelstand“
32	09./10.05.1986	Nürnberg	DV „Steuerreform in mittelstandspolitischer Verantwortung“
33	12./13.07.1987	Kiel	DV „Strukturreform Gesundheitswesen – Stopp der Sozialkostenlawine“
34	11./12.03.1988	Karlsruhe	DV „Mehr Mittelstand – mehr Arbeitsplätze“

35	05./06.05.1989	Frankfurt	DV „Europa'92 – Offensive für den Mittelstand“
36	09./10.03.1990	Bonn	DV „Freiheit statt Sozialismus“
37	07./08.06.1991	Berlin	DV „Mittelstand sichert Freiheit in Europa“
38	23./24.04.1993	Stuttgart	DV „Standort Deutschland: Leistung muß sich wieder lohnen“
39	23./24.09.1994	Magdeburg	DV „Wir schaffen die Arbeitsplätze: Der Mittelstand“
40	31.03./01.04.1995	Hannover	DV „Mittelstand macht mobil“
41	21./22.02.1997	Bonn	DV „Reformen braucht das Land – 40 Jahre MIT“
42	04./05.09.1998	München	DV „Mit der Union und einem starken Mittelstand ins nächste Jahrtausend“
43	22./23.10.1999	Koblenz	DV „Wachstum-Beschäftigung-Selbständigkeit“
44	26./27.10.2001	Weimar	DV „Mittelstand – umworben, getäuscht, abgezockt“
45	17./18.10.2003	Köln	DV „Mittelstand – Fundament des Fortschritts“
46	23./24.09.2005	Dresden	DV „Mittelstand – Chancen für Deutschland, Sozial ist wer Arbeit schafft!“
47	16./17.11.2007	Bremen	DV „Mittelstand – Motor der Sozialen Marktwirtschaft“
48	06./07.11.2009	Berlin	DV „Starker Mittelstand – Starkes Deutschland“
49	28./29.10.2011	Deggendorf	DV „Aktiver Mittelstand – verlässliche Politik“
50	11./12.10.2013	Braunschweig	DV „Mut Initiative Taten: Deutschland braucht engagierte Unternehmer“
51	13./14.11.2015	Dresden	DV „Deutschland kann mehr – Aufbruch in den Chancen-Staat“

MIT:MACHEN HEISST MIT:ENTSCHEIDEN

Bringen Sie Ihre eigene Lebenserfahrung in politische Debatten ein! Entwickeln Sie mit uns die Rahmenbedingungen für Unternehmen und Bürger nach den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft! Transportieren Sie Ihre Meinung von der Orts- und Kreisebene bis hinauf in die Landtage, den Bundestag und das Europäische Parlament. Profitieren Sie von der Stärke unserer Vereinigung, den zahlreichen Events und dem unternehmerischen MIT-Netzwerk. **JETZT MIT:MACHEN!**

Bei der MIT ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. Das meint Familienunternehmer, Startups und Freiberufler ebenso wie Vertreter aus Wirtschaft, Verbänden, Verwaltung und Politik, Erfinder und Forscher, junge Studenten und Azubis. Wir gemeinsam bilden die MIT – die einzige, echte politische Interessenvertretung für den Mittelstand.

Jetzt Mitgliedsantrag ausfüllen oder bequem online unter <http://www.mit-bund.de/mitgliedschaft>



WEITERE INFOS:

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Bundesgeschäftsstelle

Schadowstr. 3

10117 Berlin

Tel. 030-220798-0

Fax 030-220798-22

info@mit-bund.de

www.mit-bund.de

 @MIT_bund

 www.facebook.com/MITbund

Bildnachweis: Titel INSM, alle anderen Bilder MIT



MIT

MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU